


Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 11.02.2026

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:01 Uhr
Ende:	19:31 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzender:	Herr Panse
Schriftführerin:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Verpflichtung von Stadratsmitgliedern	
3.	Änderungen zur Tagesordnung	
4.	Aktuelle Stunde	
4.1.	Sicherstellung der personellen Ausstattung und dauerhaften Öffnung der Erfurt Seniorenklubs Einr.: Fraktion Die Linke	0329/26

- | | | |
|----------|--|----------------|
| 5. | Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen | |
| 5.1. | Änderung der Ausschussbesetzung der Fraktion Mehrwertstadt
Einr.: Fraktion Mehrwertstadt | 0239/26 |
| 5.1.1. | Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN zur Drucksache 0239/26 – Änderung der Ausschussbesetzung der Fraktion Mehrwertstadt | 0299/26 |
| 5.1.1.1. | Antrag der Fraktion Die Linke zur DS 0299/26 - Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN zur Drucksache 0239/26 – Änderung der Ausschussbesetzung der Fraktion Mehrwertstadt | 0339/26 |
| 5.2. | Benennung eines Aufsichtsratsmitglieds für den Aufsichtsrat der KOWO Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH
Einr.: Fraktion Mehrwertstadt | 0319/26 |
| 6. | Entscheidungsvorlagen | |
| 6.1. | Das JOHANN II mit der KoWo realisieren
Einr.: Fraktion Die Linke | 1416/25 |
| 6.2. | Schulbau Vilniuser Straße vorantreiben
Einr.: Fraktion CDU | 1649/25 |
| 6.3. | Grünachse östlicher Flutgraben - Promenade und Radrिंग
Einr.: Fraktion CDU | 1914/25 |
| 6.3.1. | Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1914/25 – Grünachse östlicher Flutgraben - Promenade | 0186/26 |
| 6.3.2. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur DS 1914/25 - Grünachse östlicher Flutgraben – Promenade und Radrिंग | 0190/26 |
| 6.4. | Bereitstellung von kostenlosen Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister | 2591/25 |

6.4.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur DS 2591/25 -Bereitstellung von kostenlosen Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt	0287/26
6.4.2.	Antrag der Fraktion CDU zur DS 2591/25 - Bereitstellung von kostenlosen Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt	0334/26
6.5.	Ausbau des Fördermodells „Erfurt Crowd“ zur Stärkung von Ehrenamt und Bürgerbeteiligung Einr.: Fraktion AfD	2690/25
6.6.	Bebauungsplan JOV754 "Schulcampus Greifswalder Straße" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	2782/25
6.6.1.	Festlegung aus der öff. Sitzung SBUKV vom 22.01.2026 zur Drucksache 2782/25 "Bebauungsplan JOV754 "Schulcampus Greifswalder Straße" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss"	0210/26
6.6.2.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur DS 2782/25 - Bebauungsplan JOV754 "Schulcampus Greifswalder Straße" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss	0331/26
6.7.	Keine visuelle Reizüberflutung in der Altstadt Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2784/25
6.8.	Änderung der „Eintrittspreisordnung Thüringer Zoopark Erfurt“ (DS Nr. 1294/25) Einr.: Fraktion Die Linke	2834/25
6.8.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2834/25 - Änderung der „Eintrittspreisordnung Thüringer Zoopark Erfurt	0288/26
6.9.	Ergänzung der „Eintrittspreisordnung ega“ Einr.: Fraktion Die Linke	2836/25
6.10.	Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWE Verwertung GmbH im Rahmen der Entfiskalisierung Einr.: Oberbürgermeister	2843/25

6.11.	Alte Synagoge personell besetzen: Stellenausschreibungen jetzt! Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2889/25
6.12.	Beanstandung des Beschlusses vom 05.11.2025 zur Vertagung der Angelegenheit Tagesordnungspunkt 6.10 (Drucksache 1424/25) Einr.: Oberbürgermeister	2968/25
6.13.	Zeitliche Anpassung des Findungsprozesses für eine neue künstlerische Werkleitung am Theater Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	3001/25
6.14.	Neufassung der Hauptsatzung Einr.: Oberbürgermeister	0092/26
6.14.1.	Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN zur Drucksache 0092/26 – Neufassung der Hauptsatzung	0338/26
6.15.	Wahl eines Mitgliedes in den Seniorenbeirat aufgrund eines Vorschlages des Ausländerbeirates Einr.: Oberbürgermeister	0139/26
6.16.	Versprechen halten, Mitte-Deutschland-Verbindung durchgängig zweigleisig ausbauen und elektrifizieren Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0208/26
7.	Informationen	

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister, Herr Horn, eröffnete die 16. Stadtratssitzung der Wahlperiode 2024 - 2029 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Anschließend bat er alle Anwesenden sich für eine Gedenkminute, für das verstorbene ehemalige Stadtratsmitglied, Herr Dr. Johannes-Georg Mehlig, von ihren Plätzen zu erheben.

Nach der Gedenkminute übergab Herr Horn die Sitzungsleitung an den Stadtratsvorsitzenden, Herrn Panse.

Herr Panse informierte, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen gemäß den Regelungen in der Geschäftsordnung im Internet als Live-Stream durch die Firma „GMM AG für Medien Marketing Kommunikation“ erfolgt. Ebenso erfolgt eine Speicherung der Daten bis zur nächstfolgenden Stadtratssitzung durch die GMM AG bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters. Die schriftlich vorliegenden Widersprüche gegen die Aufzeichnung von Redebeiträgen von Stadtratsmitgliedern oder geladenen Dritten werden beachtet.

Die Nachfrage, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag vom Rednerpult aus erfolgt, widerspricht, wurde verneint. Des Weiteren erhob sich auch kein Widerspruch dagegen, dass der Live-Stream zukünftig auch zum Download für alle Interessierten bis zur nächstfolgenden Sitzung zur Verfügung gestellt werden soll.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten im Bereich Medien tätigen Personen gemäß §19 (8) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer aus, informierte Herr Panse.

Weiterhin stellte der Stadtratsvorsitzende fest, dass die Einladung form- und fristgemäß nach § 35 (2) ThürKO erfolgte und der Stadtrat nach § 36 (1) ThürKO beschlussfähig ist, da zu Beginn 41 Mitglieder des Stadtrates anwesend waren.

Herr Panse gratulierte außerdem nachträglich, im Namen aller Stadtratsmitglieder, den Mitgliedern des Stadtrates, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

2. Verpflichtung von Stadtratsmitgliedern

Der Stadtratsvorsitzende informierte die Stadtratsmitglieder, dass nach § 24 (2) Satz 1 ThürKO die Stadtratsmitglieder in der ersten nach ihrer Wahl stattfindenden öffentlichen Sitzung des Stadtrates auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten durch den Oberbürgermeister verpflichtet werden. Ein Stadtratsmitglied, das diese Verpflichtung verweigert, verliert sein Amt nach § 24 (2) Satz 2 ThürKO, gab der Oberbürgermeister weiterhin bekannt.

Nachdem sich alle von ihren Plätzen erhoben hatten, verlas der Oberbürgermeister, Herr Horn, die Verpflichtungsformel:

"Ich werde meine Pflichten als Stadtratsmitglied gewissenhaft erfüllen und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Freistaats Thüringen sowie die Gesetze wahren."

Sodann teilte Herr Horn mit, dass die Verpflichtung mit oder ohne religiöse Beteuerungsformel wie folgt erfolge:

→ *Ich verpflichte mich.*
oder → *Ich verpflichte mich, so wahr mir Gott helfe.*

Anschließend bat der Oberbürgermeister die zu verpflichtenden Stadtratsmitglieder zum Redepult zu kommen, um die Verpflichtung abzugeben.

Nach Nennung des Namens des Stadtratsmitgliedes und seiner jeweiligen Erklärung verpflichteten sich am 11.02.2026 die nachfolgend aufgeführten Stadtratsmitglieder entsprechend § 24 (2) ThürKO.

- Herr Dr. Steffen Kachel (Fraktion Die Linke)
- Frau Anna Allstädt¹ (Fraktion Mehrwertstadt)

3. Änderungen zur Tagesordnung

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte wie folgt:

Zusätzlich aufgenommen wird:

Tagesordnungspunkt 5.1 – Drucksache 0239/26

Änderung der Ausschussbesetzung der Fraktion Mehrwertstadt
Einr.: Fraktion Mehrwertstadt

¹ Frau Allstädt hatte vor der Sitzung der Nennung ihres Namens in der Niederschrift und der Aufzeichnung ihrer Person zur Verpflichtung zugestimmt.

Herr Panse fragte nach, ob es erforderlich ist, dass die Dringlichkeit begründet wird. Dies war nicht der Fall, daher wurde abgestimmt, ob die Angelegenheit in die Tagesordnung aufgenommen wird. Auf die Notwendigkeit der Mehrheit von Zwei-Dritteln der anwesenden Stimmberechtigten wurde hingewiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 35
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: ...8

Somit wurde die Aufnahme in die Tagesordnung bestätigt.

Tagesordnungspunkt 5.2 – Drucksache 0319/26

Benennung eines Aufsichtsratsmitglieds für den Aufsichtsrat der KOWO Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH

Herr Panse fragte nach, ob es erforderlich ist, dass die Dringlichkeit begründet wird. Dies war nicht der Fall, daher wurde abgestimmt, ob die Angelegenheit in die Tagesordnung aufgenommen wird. Auf die Notwendigkeit der Mehrheit von Zwei-Dritteln der anwesenden Stimmberechtigten wurde hingewiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 43
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: ...0

Somit wurde die Aufnahme in die Tagesordnung bestätigt.

Durch die Einreicher vertagt werden:

Tagesordnungspunkt 6.3 – Drucksache 1914/25

Grünachse östlicher Flutgraben - Promenade und Radrिंग

Tagesordnungspunkt 6.8 – Drucksache 2834/25

Änderung der „Eintrittspreisordnung Thüringer Zoopark Erfurt“ (DS Nr. 1294/25)

Tagesordnungspunkt 6.9 – Drucksache 2836/25

Ergänzung der „Eintrittspreisordnung ega“

Tagesordnungspunkt 6.11 – Drucksache 2889/25

Alte Synagoge personell besetzen: Stellenausschreibungen jetzt!

Aufgrund einstimmiger Vorberatungsergebnisse bzw. aufgrund der entsprechenden Vereinbarung im Hauptausschuss werden folgende Drucksachen ohne Redebedarf sofort abgestimmt:

Tagesordnungspunkt 5.1 – Drucksache 0239/26

Änderung der Ausschussbesetzung der Fraktion Mehrwertstadt

Tagesordnungspunkt 5.2 – Drucksache 0319/26

Benennung eines Aufsichtsratsmitglieds für den Aufsichtsrat der KOWO Kommunale Wohnungsgesellschaft

Tagesordnungspunkt 6.10. – Drucksache 2843/25

Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWE Verwertung GmbH im Rahmen der Entfiskalisierung

Der Stadtratsvorsitzende fragte anschließend nach, ob es weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gibt.

Daraufhin meldete sich die Vorsitzende der Fraktion Die Linke, Frau Stange, zu Wort und beantragte das Rederecht für den Vorsitzenden des Seniorenbeirates, Herrn Richter, welcher zur Aktuellen Stunde (Tagesordnungspunkt 4) eingeladen wurde.

Dagegen sprach sich Herr Hose (Vorsitzender der Fraktion CDU) aus. Das Thema wurde ausführlich sowohl im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung (SAG) als auch im Seniorenbeirat besprochen. Zudem lag erst gestern Nachmittag die Begründung zur Einberufung der Aktuellen Stunde vor und des Weiteren habe man jetzt gerade erst erfahren, dass der Vorsitzende des Seniorenbeirates sprechen soll.

Herr Panse stellte den Antrag von Frau Stange zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	9
Enthaltung:	3

Somit wurde das Rederecht erteilt. Anschließend erklärte der Vorsitzende der Fraktion AfD, Herr Schlösser, sein Abstimmverhalten. Es gebietet einfach der Anstand, dass man anwesenden Gästen auch die Möglichkeit gibt, sich zu äußern. Bezugnehmend auf die Argumentation von Herrn Hose zur Kurzfristigkeit der Angelegenheit, wies er auf die letzte Stadtratssitzung hin, wo man den Haushalt 2026/2027 beschließen wollte. Die Änderungsanträge lagen teilweise erst nach 16:00 Uhr des Sitzungstages vor.

Weitere Wortmeldungen bzw. Anträge zur Änderung der Tagesordnung lagen nicht vor. Gegen die so geänderte Tagesordnung erhob sich seitens der Mitglieder des Stadtrates kein Widerspruch.

4. Aktuelle Stunde

4.1. Sicherstellung der personellen Ausstattung und dauerhaften Öffnung der Erfurt Seniorenklubs 0329/26 Einr.: Fraktion Die Linke

Durch den Stadtratsvorsitzenden, Herrn Panse, wurde mitgeteilt, dass die Redezeit je Fraktion und des Oberbürgermeisters jeweils 6:26 Minuten beträgt. Das Recht auf den ersten Redebeitrag habe die einreichende Fraktion – in dem Fall die Fraktion Die Linke.

Die Fraktionen und der Oberbürgermeister äußerten sich wie folgt:

Frau Schwarz, Fraktion Die Linke

„Weil der Stadt Personal fehlt: Senioren bangen um ihren Club in der Weitergasse“ – so die Überschrift eines Artikels in der Thüringer Allgemeinen Zeitung Ende Januar. Seit Monaten ist der Club in der Weitergasse offiziell geschlossen, was die Senioren als eine Zumutung empfinden. Dazu habe man sich als Fraktion Die Linke dazu entschieden die Aktuelle Stunde einzureichen. Aufgrund von Krankheit, Mutterschutz etc. gibt es seit Oktober 2025 viele personelle Engpässe in den Seniorenclubs. Die Seniorenclubs sind Orte der Begegnung, des Austauschs und der Teilhabe und keine „Luxusangebote“. Für viele ältere Menschen sind sie der letzte regelmäßige soziale Kontakt und ein Schutz vor Einsamkeit und Isolation. In einer Zeit, wo die Gesellschaft immer älter wird, sei es ein fatales Signal, dass Seniorenclubs schließen bzw. kurz vor der Schließung stehen. In der Erfurter Konzeption „Städtische Begegnungsstätten für Senioren“ steht klar geschrieben, wie hoch das Mindestmaß der Stellenbesetzung je Club sein soll. Die personelle Unterbesetzung wirkt sich leider negativ auf Verlässlichkeit und die Angebote der Clubs aus. Der Tanz am Donnerstag in der Weitergasse ist ein gutes Angebot, jedoch reicht dieses Angebot nicht aus. Immer wieder sind die Öffnungszeiten eingeschränkt – nicht etwa, weil die Nachfrage/der Bedarf fehlt, sondern weil das Personal fehlt. Für eine funktionierende Seniorenarbeit ist eine Sicherstellung der personellen Ausstattung enorm wichtig für funktionierende Seniorenarbeit, Planungssicherheit für die Seniorenclubs und die Verlässlichkeit für die Seniorinnen und Senioren in Erfurt. Man braucht eine klare politische Entscheidung zu Gunsten der Seniorenclubs. Die Seniorenarbeit sollte keine freiwillige Randaufgabe sein, sondern ein zentraler Bestandteil einer solidarischen und generationsgerechten Gesellschaft. Durch den Seniorenpass werde die Möglichkeit zu kulturellen und sportlichen Angeboten gefördert und gleichzeitig werden mit der Schließung von Seniorenclubs zentrale Begegnungsorte abgebaut. Diese Clubs sind für die Senioren wohnortnah und für viele ohne zusätzliche Kosten nutzbar. Dies den Seniorinnen und Senioren nun einfach wegzunehmen, wäre doch sehr schade. Sie schlug vor, gemeinsam dafür zu sorgen, dass Seniorenclubs Orte bleiben, auf die man sich verlassen kann.

Herr Neigefindt, Fraktion SPD & PIRATEN

Aus eigener Erfahrung durch seine Arbeit im Seniorenbeirat wisse auch er, dass die personelle Situation leider so angespannt ist, dass Öffnungszeiten und entsprechende Angebote nicht mehr zuverlässig gewährleistet werden können. Betroffen von diesen Schließungen sind nun mal rund ein Drittel der Erfurterinnen und Erfurter und somit kein Randthema. Es handelt sich bei den Clubs um einen zentralen Ort der Begegnung, des Austauschs, der Teilhabe und einen sozial wichtigen Anker im Alltag der Seniorinnen und Senioren. Zu Recht werde durch den Oberbürgermeister immer wieder mit Stolz auf den Seniorenpass hingewiesen. Wenn jedoch zeitgleich Seniorenclubs nicht öffnen oder sogar schließen, setze man seiner Meinung nach, falsche Prioritäten. Man brauche dringend kreative Lösungen, um diese Orte der Begegnung offen zu halten.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Es sei wichtig, dass der Oberbürgermeister sich dazu äußert, wie er gedenkt, mit dieser angespannten Personalsituation weiter umzugehen und dies auch klar kommuniziert. Für den Einzelfall des Seniorenclubs in der Weitergasse ist es nun wichtig, dass sich die Verwaltung zusammensetzt, die Problematik auch ernst nimmt und für die rund 5000 betroffenen Seniorinnen und Senioren in der Altstadt Lösungen gefunden werden.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU

Bei der heutigen Aktuellen Stunde ginge es einigen gar nicht um eine differenzierte Debatte, weil diese hätte man durchaus im Ausschuss führen können. Vielmehr ginge es einigen wieder nur darum, sich heute präsentieren zu können und aus einem beklagenswerten Zustand, was außer Frage natürlich auch beklagenswert sei, politisches Kapital zu schlagen. Es werden Kameras aufgebaut etc. um den Menschen einfach das Gefühl zu vermitteln, dass man mit dieser Aktuellen Stunde irgendetwas an der Situation ändern könne. Aber diese Debatte wird daran nichts ändern. Dies sei nicht das Verständnis von Stadtratsarbeit für seine Fraktion, aber offensichtlich für einige andere Fraktionen. So sollte dieser Stadtrat nicht arbeiten, dafür hat man uns nicht gewählt.

Durch Zwischenrufe von Herrn Möller (Fraktion SPD & PIRATEN) wurde Herr Hose in seiner Rede unterbrochen. Herr Panse ermahnte eindringlich, dass die Redner, welchen er als Stadtratsvorsitzender das Wort erteilt habe, in ihren Reden nicht unterbrochen werden, sonst müsse man mit einer Sitzungsunterbrechung bzw. einem Ordnungsruf rechnen.

Herr Hose fuhr fort. Es wurde bisher kein Seniorenclub geschlossen, so wie von Frau Schwarz behauptet. Abschließend schlug er vor, dass man lieber als Stadtrat gemeinsam überlegen sollte, wie man die Stadt Erfurt nach vorn bringt und er wünsche sich, dass man zu einem Stadtrat zurückkehrt, wo die Sache im Mittelpunkt steht und nicht der kurzfristige politische Erfolg. Wenn man wirklich will, dass die Mitte im Land zusammenhält, sollte man solche Debatten nicht mehr führen. Derartige Debatten sollten im Ausschuss geführt werden um dann Lösungen im Stadtrat vorzubringen. Diese heutige Debatte habe zur Sache nichts beigetragen, vielmehr habe sie dazu geführt, dass alle wieder ein Stück weit auseinandergetrieben wurden.

Frau Stange, Vorsitzende der Fraktion Die Linke

Sie kritisierte ihren Vorredner. Mit seinen Äußerungen habe Herr Hose selbst gerade versucht die Mitte auseinanderzutreiben anstatt zu halten. Es heiße Aktuelle Stunde, welche dazu diene ein aktuelles Thema zu diskutieren. Dieses Thema sei aktuell und die Einberufung der Aktuellen Stunde habe nichts damit zu tun, dass man populistisch sei oder auf Stimmenfang ist, sondern dies habe einzig und allein etwas mit sozialer und gesellschaftlicher Verantwortung zu tun. Im Namen ihrer ganzen Fraktion wies sie derartige Vorwürfe entschieden zurück. Auch wenn es manchmal unangenehm sei, ginge es ihrer Fraktion immer um Sachpolitik und um die Erfurterinnen und Erfurter.

Herr Schlösser, Vorsitzender der Fraktion AfD

Da die Begründung zur Einberufung der Aktuellen Stunde sehr kurzfristig kam, war es leider nicht möglich sich ausführlich darauf vorzubereiten. Davon abgesehen werde die Forderung nach mehr personeller und finanzieller Ausstattung für die Seniorenclubs unterstützt. Es sei die Frage an die anderen Fraktionen erlaubt, was diese in der letzten Zeit gemacht hätten. Erst vor kurzem habe man sich für den Haushalt 2026/2027 zusammengerauft und entsprechende Weichen gestellt um sich heute hier zu zerstreiten und in einem Rundumschlag gegen den Oberbürgermeister auszuteilen. Dies sei der Sache nicht angemessen.

Da sich die Diskussion zwischen Herrn Möller (Fraktion SPD & PIRATEN) und Herrn Hose (Vorsitzender der Fraktion CDU) zum Personalmanagement und dem seit Jahren fehlenden Personalentwicklungskonzept allmählich hochschaukelte, wurde durch Herrn Präger (Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt) gefordert, zurück zur Debatte zu kehren. Anschließend übergab Herr Panse das Wort an den Vorsitzenden des Seniorenbeirates, Herrn Richter.

Herr Richter, Vorsitzender des Seniorenbeirates

Herr Richter bedankte sich dafür, heute im Namen der Seniorinnen und Senioren der Stadt Erfurt sprechen zu können. Weiterer Dank galt dem Oberbürgermeister, Herrn Horn, der Verwaltung und den Stadtratsmitgliedern für den Seniorenpass. Man habe derzeit vier Begegnungsstätten für die Senioren (Weitergasse, Berliner Platz, Daberstedt, Roter Berg). Eigentlich müssten es viel mehr sein. Diese Begegnungsstätten sind für die älteren Menschen das, was für andere der Arbeitsplatz, der Sportverein oder das Café um die Ecke sind. Ein Ort wo man gesehen wird, wo sich jemand dafür interessiert, wie es einem geht usw. Es ist so wichtig, dass solche Orte für die Menschen nicht wegbrechen. Weiter führte er aus, dass der Seniorenbeirat beunruhigt über die Entwicklung innerhalb der letzten vier Monate (Oktober 2025 – Januar 2026) in den Seniorenclubs ist. Personelle Engpässe haben dazu geführt, dass die Clubs nur eingeschränkt oder teilweise gar nicht geöffnet sind. Eine Stadt, welche mit dem Seniorenpass wirbt, dürfe sich einen solchen personellen Engpass nicht leisten. Als Seniorenbeirat fordere man eine Stabilisierung des vorhandenen Personals bzw. Neueinstellungen. Die Seniorinnen und Senioren brauchen von Seiten der Stadt ein solches Signal für Respekt und Verantwortung ihnen gegenüber.

Oberbürgermeister, Herr Horn

Die am stärksten wachsende Bevölkerungsschicht sind die über 65jährigen. Ja, die Personalsituation ist angespannt (krankheitsbedingt, Mutterschutz), aber all dies habe nichts mit einem Einstellungsstopp zu tun. Er bedankte sich ausdrücklich für die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Seniorenclubs sowie des Amtes für Soziales, welche mit kreativen Lösungen Angebote geschaffen haben. Anhand des Seniorenkalenders (Monat Februar) machte er auf die vielen Angebote (Seniorenweihnachtsfeier, Musik am Nachmittag im Kaisersaal, Computerkurse, Tanzveranstaltungen, Begegnungscafé) aufmerksam. Weiterhin verwies er darauf, dass die Seniorenarbeit noch in 11 weiteren Seniorenclubs und Seniorentreffs, die in freier Trägerschaft geführt werden, stattfinden. Die Einführung des Seniorenpasses sollte auch ein Ausdruck der Wertschätzung für die Menschen darstellen. Er richtete das Wort an alle Seniorinnen und Senioren der Stadt Erfurt:

„Liebe Seniorinnen und Senioren, wir wissen um die Problematik und man befindet sich ein wenig in der Zwangslage, jedoch hat die Stadt Erfurt ihre Seniorinnen und Senioren nicht vergessen und wird sie auch in Zukunft nicht vergessen“.

Die Redebeiträge zur Aktuellen Stunde waren somit ausgeschöpft und die Aktuelle Stunde wurde beendet.

5. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen

5.1. Änderung der Ausschussbesetzung der Fraktion Mehrwertstadt 0239/26 **Einr.: Fraktion Mehrwertstadt**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, gab Folgendes bekannt:

Folgende Anträge liegen vor:

- Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN in Drucksache 0299/26
- Antrag der Fraktion Die Linke in Drucksache 0339/26

Die Abstimmung über die Drucksache der Fraktion Die Linke wird abgesehen von der Besetzung der Vertreter der Fraktion Die Linke für den Jugendhilfeausschuss erfolgen. Der Wahlvorgang hierfür wird separat unter dem Tagesordnungspunkt 6.15, gemeinsam mit der Wahl eines Mitgliedes für den Seniorenbeirat (DS 0139/26), stattfinden.

Im Hauptausschuss wurde die Drucksache in Fassung der Anträge der Fraktion SPD & PIRATEN und der Fraktion Die Linke (*ohne Besetzung Jugendhilfeausschuss*) bestätigt.

Die Zustimmung der Fraktion Die Linke zur Abstimmung der Drucksache 0339/26 in Fassung Stellungnahme der Verwaltung liegt vor.

Gemäß der Vereinbarung unter dem Tagesordnungspunkt 3 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

mit Änderungen beschlossen Ja 35 Nein 0 Enthaltung 9 Befangen 0

Beschluss

Titel neu: Änderung der Ausschussbesetzung der Fraktion SPD & PIRATEN, Fraktion Die Linke und der Fraktion Mehrwertstadt

01

Die Ausschussbesetzung der Fraktion Mehrwertstadt wird entsprechen der Anlage 1² beschlossen.

02

Frau Daniela Ziervogel wird als sachkundige Bürgerin für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr abberufen.

03

Herr Christian Fischer wird als sachkundiger Bürger für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr berufen.

04

Die Ausschussbesetzung der Fraktion Die Linke wird entsprechend der Anlage 2³ beschlossen.

05

Für das stimmberechtigte Mitglied der Fraktion Die Linke, Herrn Björn Schröter, werden als 1. Stellvertreter Herr Dr. Steffen Kachel und als 2. Stellvertreterin Frau Katja Maurer in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

5.1.1.	Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN zur Drucksache 0239/26 – Änderung der Ausschussbesetzung der Fraktion Mehrwertstadt	0299/26
--------	---	---------

bestätigt

5.1.1.1.	Antrag der Fraktion Die Linke zur DS 0299/26 - Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN zur Drucksache 0239/26 – Änderung der Ausschussbesetzung der Fraktion Mehrwertstadt	0339/26
----------	--	---------

bestätigt mit Änderungen

² Die Anlage 1 des Beschlusses Nr. 0239/26 ist der Niederschrift beigelegt.

³ Die Anlage 2 des Beschlusses Nr. 0239/26 ist der Niederschrift beigelegt.

5.2. Benennung eines Aufsichtsratsmitglieds für den Aufsichtsrat der KOWO Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH
Einr.: Fraktion Mehrwertstadt

0319/26

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, gab bekannt, dass der Hauptausschuss am 10.02.2026 entschieden hat, die Angelegenheit ohne Vorberatung zur Entscheidung im Stadtrat zuzulassen.

Gemäß der Vereinbarung unter dem Tagesordnungspunkt 3 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 44 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Herr Sebastian Perdelwitz wird als Mitglied in den Aufsichtsrat der KOWO Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH entsandt.

6. Entscheidungsvorlagen

6.1. Das JOHANN II mit der KoWo realisieren
Einr.: Fraktion Die Linke

1416/25

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, gab bekannt, dass die Drucksache im Ausschuss für Wirtschaft und Beteiligungen abgelehnt wurde (Ja 3 Nein 9 Enthaltung 4).

Herr Panse eröffnete die Beratung und erteilte Frau Held (Fraktion Die Linke) das Wort.

Frau Held berichtete von der durch die Stadtverwaltung organisierten Veranstaltung „(Un)bezahlbares Wohnen – Wie kommen wir aus der Wohnungskrise?“ vom 5. Februar 2026. Die Veranstaltung vermittelte einem das Gefühl, dass Erfurt keine Wohnungskrise hätte. Sie kritisierte, dass im Podium nur Vertreter der Immobilienwirtschaft vertreten waren, jedoch keine Vertreter eines Mietervereins geschweige denn betroffene Bürgerinnen und Bürger. Das Fazit der Veranstaltung beschrieb sie als sehr enttäuschend. Als Stadt müsse man viel stärker mit Mietvereinen und auch Mieterinnen und Mietern ins Gespräch kommen. Auf der Podiumsdiskussion ist auch aufgefallen, dass es so eine Art „Verantwortungsrumschieberei“ gibt. Sie kritisierte, dass sie nun seit einem Jahr Stadtratsmitglied ist und Papiere gelesen habe, welche sieben Jahre und älter sind und in denen sich die demokratischen Fraktionen „auf die Fahne geschrieben hatten“, dass auf dem Wohnungsmarkt etwas passieren wird. Es ist nichts passiert. Dies sei ein totales Versagen aller demokratischen Fraktionen und dies sei einer der Gründe, weshalb sich Bürgerinnen und Bürger entscheiden AfD zu wählen. Denn was passiert, wenn sich Menschen nicht mehr gehört bzw. verstanden fühlen, dann wenden sie sich denen zu, die ihnen vermeintlich einfache Lösungen präsentieren. Sie hoffe nun inständig, dass man mit dem Masterplan „Wohnen“ ein

Maßnahmenpaket bekommt, womit die Mietenkrise gelöst werden kann. Abschließend teilte sie mit, dass der Antrag „Das Johnann „,“ mit der KoWo realisieren“ durch ihre Fraktion zurückgezogen wird, da im Zuge des beschlossenen Haushalts 2026/2027 eine gute Lösung gefunden wurde.

zurückgezogen

6.2. Schulbau Vilniuser Straße vorantreiben Einr.: Fraktion CDU

1649/25

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache mit Änderungen bestätigt hat (Ja 12 Nein 1 Enthaltung 1). Die Abstimmung erfolgte in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung, wozu die Zustimmung der einreichenden Fraktion vorlag. Herr Panse eröffnete die Beratung.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU, Herr Hose, griff mit seinem Redebeitrag noch einmal die Ausführungen von Frau Held (Fraktion Die Linke) aus dem vorangegangenen Tagesordnungspunkt auf und kritisierte ihre Darlegungen.

Daraufhin reagierten einige die Mitglieder des Stadtrates aus den Fraktionen SPD & PIRATEN und Die Linke mit Zwischenrufen. Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, unterbrach daraufhin den Redebeitrag von Herrn Hose. Er kündigte in Richtung der Fraktion SPD & PIRATEN an, beim nächsten erfolgten Zwischenruf „in dieser Art“, einen entsprechenden Ordnungsruf zu erteilen.

In seinem Redebeitrag fortfahrend, erläuterte Herr Hose die Anstrengungen, die bereits in der Vergangenheit auf Bundes- und Landesebene begonnen wurden, um dem Notstand nach bezahlbarem Wohnraum entgegenzutreten (z. B. Bau-Turbo, Beschluss zur Mietpreisbremse, Änderung der Bauordnung, Masterplan Wohnen). Zum Antrag zurückkommend informierte Herr Hose über seine Erfahrungen in Bezug auf Mängelberichte an Schulen, die vom zuständigen Amt nicht bearbeitet würden, sodass die Art der Abwicklung des Schulbau- und Schulsanierungsprogramms durch das zuständige Dezernat als gescheitert anzusehen sei. Er sprach sich daher dafür aus, externe Partner beim Schulbauverfahren einzubinden. Herr Hose warb anschließend um Unterstützung des Antrages und gab zudem eine mündliche Änderung des Beschlusspunktes 03 zu Protokoll. Demnach sollte der Beschlusspunkt 03 wie folgt lauten:

„Die Ergebnisse sind dem zuständigen Ausschuss bis zum Ende des III. Quartals 2026 vorzulegen.“

Der Beigeordnete für Bau, Verkehr und Umwelt, Herr Bärwolff, führte zur Historie aus. 2021 habe man sich entschlossen ein Schulsanierungsprogramm auf den Weg zu bringen, welches 2022 durch den Stadtrat beschlossen wurde. Einer der wesentlichen Beschlusspunkte darin war, dass für die Umsetzung auch die personellen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Dies konnte leider bis zum heutigen Tage nicht umge-

setzt werden. Die Problematik der Vilniuser Straße ist bekannt und so sei er bereits seit Jahren diesbezüglich mit allen Dezernaten und Ämtern, welche beim Schulbau involviert sind, im regen Austausch, z. B. in den regelmäßig stattfindenden Schulbaurunden. Er führte zu allen Aspekten, welche hierbei betrachtet werden müssen, aus. Natürlich habe man als Außenstehender immer das Empfinden „woanders ist alles besser oder geht schneller“. Um dieses Empfinden ein wenig einzuordnen, berichtete er an einem Beispiel aus Weimar, wo die Planungs- und Bauzeit der neuen Jenaplan Schule ca. 11 Jahre dauerte. Nach weiteren Ausführungen, äußerte er Kritik daran, was Herr Hose zuvor über die Verwaltung gesagt hatte – dies sei eine Frechheit und er weise dies in aller Form zurück. Er stellte sich vor die Kolleginnen und Kollegen in seinen Ämtern, welche tagtäglich mit vollem Einsatz und Kraft daran arbeiten, gute Bedingungen für die Erfurter Schülerinnen und Schüler zu schaffen.

Nach weiteren Wortmeldungen durch Frau Wahl (Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), welche mitteilte, dass sich ihre Fraktion bei der Abstimmung enthalten werde, da es diesen Antrag nicht extra bedarf und Herrn Mroß (Fraktion SPD & PIRATEN), der den Antrag der Fraktion CDU unterstützte, schloss Herr Panse die Beratung und stellte die Drucksache in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung und der zusätzlichen mündlichen Änderung von Herrn Hose zum Beschlusspunkt 03 zur Abstimmung.

mit Änderungen beschlossen Ja 41 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss

01

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die unter Nr. 5 der DS 1612/23 „Alternative Vergabeverfahren für Planung/Neubau/ Sanierung im Rahmen der Umsetzung von Schulbaumaßnahmen – Sachstand“ aufgeführte Projektanalyse und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für den Schulstandort Vilniuser Str. durchzuführen und ggfs. den Baubeschluss gemäß § 10 Abs. 2 ThürGemHV vorzulegen.

02

Im Rahmen dieser Analysen und Untersuchungen soll geprüft werden, ob die Realisierung mittels externer Partner oder durch die KoWo oder durch die Stadtverwaltung mittels Vergabe an einen Generalunternehmer, Generalübernehmer oder Totalübernehmer in Bezug auf Wirtschaftlichkeit, schnellere Realisierung und Vergaberecht möglich ist.

03

Die Ergebnisse sind dem zuständigen Ausschuss bis zum Ende des III. Quartals 2026 vorzulegen.

6.3. Grünachse östlicher Flutgraben - Promenade und Radrिंग 1914/25
Einr.: Fraktion CDU

Siehe Tagesordnungspunkt 3.

vertagt

6.3.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1914/25 – 0186/26
Grünachse östlicher Flutgraben - Promenade

vertagt

6.3.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur DS 0190/26
1914/25 - Grünachse östlicher Flutgraben – Promenade
und Radrिंग

vertagt

6.4. Bereitstellung von kostenlosen Periodenprodukten in 2591/25
öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

Bevor der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, die Beratung eröffnete, gab er Folgendes bekannt:

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung hat die Drucksache bestätigt (Ja 8 Nein 3 Enthaltung 0).

Folgende Anträge liegen vor:

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 0287/26 vor. Dieser ergänzt BP 03 und 04 (Änderung Zeitschiene)
- Antrag der Fraktion CDU in Drucksache 0334/26 (Änderungen BP 01, 03 und 04)

Die Anträge sind nicht vorberaten. Der Hauptausschuss hat in seiner gestrigen Sitzung entschieden, die Angelegenheiten ohne Vorberatung zur Entscheidung im Stadtrat zuzulassen.

Sie sei dankbar für den vorliegenden Antrag des Oberbürgermeisters, teilte Frau von Wrede (Fraktion CDU) mit. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0287/26) wäre im Ansatz gut, jedoch wäre der Antrag ihrer Fraktion in der Drucksache 0334/26 weiterführender, weshalb sie um Zustimmung warb. Sie führte zur Intention aus. Auf die Nachfrage von Herrn Möller (Fraktion SPD & PIRATEN) gab sie zu Protokoll, dass

man mit diesem Antrag das begonnene Pilotprojekt „Bereitstellung von kostenlosen Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt“ fortführen/verstetigen will.

Das Pilotprojekt habe gezeigt, wie wichtig und notwendig es sei, führte Frau Wuttig (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) aus. Weiterhin bedankte sie sich für den Antrag der Fraktion CDU dem man gern folgen wird. Daher wolle man auch, dass dieser Antrag zuerst abgestimmt wird.

Frau Stange (Vorsitzende der Fraktion Die Linke) beantragte die Verweisung in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung (SAG) um dort erneut darüber zu diskutieren. Dagegen sprach sich Herr Hose (Vorsitzender der Fraktion CDU) aus. Die Thematik wurde ausführlich im SAG behandelt.

Nach weiteren Wortmeldungen u. a. durch Herrn Prechtel (Fraktion Mehrwertstadt), Herrn Möller (Fraktion SPD & PIRATEN) sowie Frau von Wrede, schloss Herr Panse die Beratung rief zur Abstimmung auf.

1. Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung (Antrag von Frau Stange)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	12
Nein-Stimmen	20
Enthaltung	10

Der Antrag wurde somit abgelehnt.

2. Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 0334/26)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	32
Nein-Stimmen	9
Enthaltung	1

Der Antrag wurde bestätigt und somit war die Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0287/26) obsolet.

Abschließend wurde über die Ursprungsdrucksache mit dem zuvor bestätigten Antrag zur Abstimmung gestellt.

mit Änderungen beschlossen Ja 32 Nein 10 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Das im Jahr 2023 begonnene Pilotprojekt „Bereitstellung von kostenlosen Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt“ wird fortgeführt und verstetigt.

02

Die kostenlose Bereitstellung von Periodenprodukten wird weiterhin in den ausgewählten öffentlichen Einrichtungen (insbesondere Schulen unterschiedlicher Schularten und Ämter mit Publikumsverkehr) gewährleistet. Hierbei werden aber zukünftig folgende Schwerpunkte gesetzt:

- **Aufklärung und Enttabuisierung:**
Ausbau der Informationsarbeit zu Menstruation, Menstruationsgesundheit und Gleichstellung in Zusammenarbeit mit den Projektpartnern
- **Transparente Kommunikation und verantwortungsvolle Nutzung:**
Durch gezielte Aufklärung, Informationsmaterialien und direkte Kommunikation in den Einrichtungen soll künftig gezielt vermittelt werden, dass das Angebot verantwortungsvoll genutzt werden soll. So kann einem Missbrauch – wie er in der bisherigen Pilotphase teilweise vorkam (z. B. übermäßige Entnahmen oder zweckfremde Nutzung) – vorgebeugt werden.
- **Evaluation und Rückmeldungen:**
Das Gleichstellungsbüro wird regelmäßig Rückmeldungen der Projektpartner sowie von Nutzerinnen einholen, um Akzeptanz, Bedarf und mögliche Probleme frühzeitig zu erkennen. Die Ergebnisse fließen in die Evaluation und Weiterentwicklung des Projektes ein und gewährleisten eine bedarfsgerechte und effiziente Umsetzung.

03

Die Bewertung des Projektes wird laufend fortgesetzt.

04

Sämtliche getroffenen Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushaltes.

6.4.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur DS 0287/26
2591/25 -Bereitstellung von kostenlosen Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt

Erledigt wegen Annahme Änderungsantrag

6.4.2. Antrag der Fraktion CDU zur DS 2591/25 - Bereitstellung 0334/26
von kostenlosen Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt

bestätigt Ja 32 Nein 9 Enthaltung 1 Befangen 0

6.5. Ausbau des Fördermodells „Erfurt Crowd“ zur Stärkung von Ehrenamt und Bürgerbeteiligung 2690/25
Einr.: Fraktion AfD

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, gab bekannt, dass die Drucksache im Ausschuss für Kultur und Theatertransformation abgelehnt wurde (Ja 2 Nein 8 Enthaltung 0). Er eröffnete die Beratung.

Herr Erfurth (Fraktion AfD) führte zur Intention des Antrages aus. Ziel sei, ein rechtssicheres und tragfähiges Modell zu erarbeiten und als Impuls dafür gedacht, neue Wege der Ehrenamtsförderung und Bürgerbeteiligung zu gehen.

Der Vorsitzende der Fraktion Mehrwertstadt, Herr Präger, riet davon ab, einem solchen Antrag zu folgen, da dieser gegen die Grundprinzipien, die hinter einer demokratischen und offenen Gesellschaft stehen, verstößt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Herr Panse stellte die Drucksache zur Abstimmung.

abgelehnt Ja 9 Nein 36 Enthaltung 0 Befangen 0

6.6. Bebauungsplan JOV754 "Schulcampus Greifswalder Straße" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss 2782/25
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, gab bekannt, dass die Drucksache im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr einstimmig bestätigt wurde. Die Stellungnahme der Verwaltung zur Festlegung in Drucksache 0210/26 lag allen Fraktionen vor. Des Weiteren lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 0331/26 vor. Im gestrigen Hauptausschuss wurde beschlossen, die Angelegenheit ohne Vorberatung zur Entscheidung im Stadtrat zuzulassen.

Herr Panse eröffnete die Beratung und erteilte Frau Wahl (Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) das Wort.

Frau Wahl warb um Zustimmung des Antrages ihrer Fraktion. Es handele sich um die Prüfung einer möglichen Reduzierung des Stellplatzschlüssels.

Herr Prechtel (Fraktion Mehrwertstadt) befürwortete inhaltlich den Antrag, allerdings habe er die Befürchtung, dass durch diesen Antrag das Verfahren verzögert wird.

Der Beigeordnete für Bau, Verkehr und Umwelt schlug vor, dass man heute über die Drucksache 2728/25 abstimmen sollte. Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr könne dann zu gegebener Zeit über die Ergebnisse der Prüfung zur Re-

duzierung des Stellplatzschlüssels im Rahmen der dort zu behandelnden Drucksache zur Entscheidung über den Baubeschluss nach § 10 Abs. 3 ThürGemHV berichtet werden.

Dieser Vorschlag wurde seitens der einreichenden Fraktion befürwortet.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Panse schloss die Beratung und stellte zunächst den Antrag in Drucksache 0331/26 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	24
Nein-Stimmen	18
Enthaltung	0

Somit wurde der Antrag bestätigt.

Anschließend wurde die Ursprungsdrucksache nebst zuvor bestätigten Änderungsantrag zur Abstimmung gestellt.

mit Änderungen beschlossen Ja 42 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Die Abwägung (Anlage 9) zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird beschlossen. Das Abwägungsergebnis mit Begründung ist Bestandteil des Beschlusses.

02

Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i. V. m. § 97 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und § 19 Abs. 1 Satz 1, § 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses jeweils gültigen Fassung, wird der Bebauungsplan JOV754 „Schulcampus Greifswalder Straße“, bestehend aus der Planzeichnung (Anlage 2, M 1: 500) mit den textlichen Festsetzungen in seiner Fassung vom 08.10.2025, als Satzung beschlossen.

03

Die Stadtverwaltung prüft, ob und in welcher Größenordnung per Stellplatzabläse die Anzahl der Stellplätze der Tiefgarage verringert werden kann, um die Baukosten für die Stadt erheblich zu reduzieren.

6.6.1. Festlegung aus der öff. Sitzung SBUKV vom 22.01.2026 0210/26
zur Drucksache 2782/25 "Bebauungsplan JOV754
"Schulcampus Greifswalder Straße" - Abwägungs- und
Satzungsbeschluss"

zur Kenntnis genommen

6.6.2. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur DS 0331/26**
2782/25 - Bebauungsplan JOV754 "Schulcampus Greifswalder Straße" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss

bestätigt Ja 24 Nein 18 Enthaltung 0 Befangen 0

6.7. **Keine visuelle Reizüberflutung in der Altstadt 2784/25**
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Wahl, führte zur Intention der Drucksache aus. Die sogenannten beleuchteten City-Light-Poster (CLP) führen zu einer ständigen Reizbelastung, die sich negativ auf die Aufenthaltsqualität auswirkt. Nach ihren Ausführungen stellte sie zudem einen Antrag auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte.

Durch Herrn Schade (Fraktion SPD & PIRATEN) wurde diese Möglichkeit der Werbung befürwortet.

Digitale Werbung sei sehr wichtig für die Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Erfurt, argumentierte Frau Prof. Dr. Polster (Fraktion CDU). Nicht nur durch die City Lights Poster gäbe es visuelle Reize und es sei durchaus unbestritten, dass es ein Konzept zum Umgang mit den digitalen Medien bedarf, jedoch sei der Antrag an sich nicht nachvollziehbar. Sie erinnerte daran, dass die Werbesatzung der Stadt Erfurt dringend einer Überarbeitung bedarf.

Auch die Fraktion Die Linke könne diesem Antrag nicht zustimmen, teilte die Vorsitzende der Fraktion Die Linke, Frau Stange, mit. Diese Diskussion müsse man führen, wenn die derzeitigen Werbeverträge auslaufen und nicht mittendrin. Die CLP jetzt einfach abzubauen, sei schon aufgrund der Kosten nicht nachvollziehbar.

Herr Prechtl (Fraktion Mehrwertstadt) stimmte seiner Vorrednerin zu.

Die Ablehnung des Antrages solle man nicht als Ablehnung der Sache sehen und perspektivisch müsse man sich damit auch auseinandersetzen, richtete Herr Präger (Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt) seine Rede an die einreichende Fraktion.

Herr Grenzdörffer (Fraktion SPD & PIRATEN) machte deutlich, wie wichtig diese Art der Werbung für die Händler und Gastronomen in der Innenstadt sei.

Herr Schlösser (Vorsitzender der Fraktion AfD) informierte, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Des Weiteren erinnerte auch er an die Überarbeitung der Gestaltungssatzung für die Altstadt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Panse schloss die Beratung und stellte zunächst den Antrag auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte zur Abstimmung. Dieser wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	7
Nein-Stimmen	36
Enthaltung	2

Danach wurde über die Drucksache abgestimmt.

abgelehnt Ja 15 Nein 28 Enthaltung 2 Befangen 0

6.8.	Änderung der „Eintrittspreisordnung Thüringer Zoopark Erfurt“ (DS Nr. 1294/25) Einr.: Fraktion Die Linke	2834/25
-------------	---	----------------

Siehe Tagesordnungspunkt 3.

vertagt

6.8.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2834/25 - Änderung der „Eintrittspreisordnung Thüringer Zoopark Erfurt	0288/26
---------------	--	----------------

vertagt

6.9.	Ergänzung der „Eintrittspreisordnung ega“ Einr.: Fraktion Die Linke	2836/25
-------------	--	----------------

Siehe Tagesordnungspunkt 3.

vertagt

- 6.10. **Änderung des Gesellschaftsvertrages der SWE Verwertung GmbH im Rahmen der Entfiskalisierung** 2843/25
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, gab bekannt, dass die Drucksache im Ausschuss für Wirtschaft und Beteiligungen einstimmig bestätigt wurde.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 3 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Im Zuge der Entfiskalisierung wird die Änderung des Gesellschaftsvertrags der SWE Verwertung GmbH gemäß Anlage 1⁴ beschlossen.

- 6.11. **Alte Synagoge personell besetzen: Stellenausschreibungen jetzt!** 2889/25
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

vertagt

- 6.12. **Beanstandung des Beschlusses vom 05.11.2025 zur Vertagung der Angelegenheit Tagesordnungspunkt 6.10 (Drucksache 1424/25)** 2968/25
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass die Drucksache durch den Hauptausschuss am 10.02.2026 abgelehnt wurde (Ja 4 Nein 8 Enthaltung 0).

Er eröffnete die Beratung. Da es keine Wortmeldungen gab, schloss Herr Panse diese sogleich. Bevor er die Drucksache zur Abstimmung aufrief, wies er die Stadtratsmitglieder nochmals darauf hin, wer der Einschätzung des Oberbürgermeisters folge, dass die Befassung des Stadtrats mit der Thematik „Rahmensicherheitskonzept für Veranstaltungen - Feste und Festumzüge feiern“ – Drucksache 1424/25 unzulässig ist, da sie eine Angelegen-

4

Die im Beschluss genannte Anlage 1 ist der Niederschrift beigelegt.

Herr Warnecke führte zum Antrag seiner Fraktion aus. Im Zuge der Neufassung der Hauptsatzung sollten die Wertgrenzen neu festgesetzt werden. Er erinnerte, dass die Wertgrenzen ursprünglich einmal bei 50.000 Euro lagen und irgendwann einvernehmlich auf 250.000 Euro angepasst wurden. Allerdings sei dies auch mit Blick auf die Transparenz gegenüber dem Stadtrat viel zu hoch, weshalb er um Zustimmung des Antrages seiner Fraktion warb, welcher eine Wertgrenze von 125.000 Euro vorsieht.

Herr Hose (Vorsitzender der Fraktion CDU) erinnerte, weshalb man sich damals dazu entschlossen hatte, die Wertgrenzen zu erhöhen. Der Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN würde alles nur verkomplizieren. Hierbei ging er unter anderem auf Vergaben von Bau- oder Ingenieurleistungen ein. Der ursprüngliche Antrag der Verwaltung sehe nur eine formale Änderung der Hauptsatzung vor und nun dessen eigentlich bewusst, wurde der Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN eingereicht und dafür benutzt um im Schnellverfahren eine Änderung der Wertgrenzen festzulegen, ohne dass darüber ausführlich diskutiert werde. Herr Hose habe den Eindruck, dass auch nicht jedem Mitglied der einreichenden Fraktion bewusst sei, was dieser Antrag für Freiberufler, Baudienstleister etc. in dieser Stadt bedeute. Wer dem Antrag zustimme, entscheide sich für mehr Bürokratie, zudem wird es Unternehmen in der Stadt schwerer gemacht und es werden sich noch weniger Unternehmen in Zukunft für städtische Aufträge bewerben. Während seines Redebeitrages bemängelte Herr Hose gegenüber dem Vorsitzenden der Fraktion SPD & PIRATEN, das Verhalten seiner Fraktionskollegen, wonach man sich in einer öffentlichen Stadtratsitzung nicht über andere Kollegen lustig machen solle.

Dies nahm Herr Panse zum Anlass, um in Richtung der Fraktion SPD & PIRATEN einen Ordnungsruf zu erteilen.

Herr Hose fuhr mit seinem Redebeitrag fort. Er riet der einreichenden Fraktion dringend davon ab, diesen Antrag aufrecht zu erhalten und unterbreitete den Vorschlag, über den eigentlichen Antrag der Verwaltung heute abzustimmen und über den Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN separat, in Ruhe zu diskutieren und eventuell einen Kompromiss zu finden.

Auch der Beigeordnete für Bau, Verkehr und Umwelt, Herr Bärwolff, wies darauf hin, dass mit dem vorliegenden Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN man nur mehr Bürokratie bei der Abwicklung von kleineren Baumaßnahmen schaffen würde und davon riet er eindringlich ab und erläuterte die Hintergründe.

In der weiteren Diskussion zog Herr Warnecke den Antrag (Drucksache 0338/26) zurück und kündigte einen separaten Antrag an.

Nach Unklarheiten bzw. der Frage für welchen Ausschuss der neue Antrag dann vorgesehen sei, erläuterte der Referent des Bereiches Oberbürgermeisters die weitere Vorgehensweise.

Nach der Debatte meldete sich Herr Schade zu Wort. Er äußerte sich überrascht über den Ordnungsruf. Da bisher unklar war, wer diesen überhaupt erhalten habe, wollte er gern Folgendes zum Redebeitrag von Herrn Hose äußern:

„Herr Hose, ich habe mir gerade das Abstimmungspapier bzw. die Tagesordnung angeschaut und stelle erst einmal fest, dass wir heute eine sehr sachliche Tagesordnung haben. Sie haben zu Beginn Zusammenhalt geschworen oder versucht, diesen zu erreichen; „die Fraktionen der Mitte müssen zusammenhalten/müssen zusammenarbeiten“. Sie haben in der Zwischenzeit, haben Sie uns undemokratisches Verhalten, Populismus, Scheindebatten, Effekthascherei und zum Schluss auch noch Wirtschaftsfeindlichkeit vorgeworfen. Dass ich einen Ordnungsruf dafür bekomme, weil ich das Wort „Schock“ wiederhole, Sie hatten ja quasi das strengere Durchgreifen durch den Stadtratsvorsitzenden angemahnt. Ich finde es äußerst kritisch, was heute für Worte gefallen sind und wenn Sie von dem einen oder anderen hier heute Empörung entgegen geschlagen bekommen, liegt das vielleicht an Ihrer Wortwahl.“

Herr Schade wurde durch den Stadtratsvorsitzenden darauf hingewiesen, dass er den Ordnungsruf nur deshalb erhalten habe, weil er sich über Herrn Hose lustig gemacht habe. Dies könne man aber im Hauptausschuss klären. Weiterhin teilte er Herrn Schade mit, dass über einen Ordnungsruf in keiner Weise diskutiert werde, sonst würde er gleich einen weiteren Ordnungsruf erhalten. Zur Sache/Thematik könne sich jeder äußern, da es allerdings seit Beginn der Stadtratssitzung teilweise zu „tumultartigen Szenen“ kam und dies einer sachlichen Diskussion im Stadtrat nicht angemessen sei, ermahnte er an dieser Stelle nochmals alle, sich ein wenig zurückzunehmen und sachlich zu bleiben.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, sodass der Stadtratsvorsitzende die Aussprache schloss und über die ursprüngliche Drucksache 0092/26 abstimmen ließ.

beschlossen Ja 35 Nein 0 Enthaltung 10 Befangen 0

Beschluss

01

Der Beschluss zur Drucksache 0891/25 wird aufgehoben.

02

Der Beschlusspunkt 02 zum Beschluss zur Drucksache 2222/25 wird aufgehoben.

03

Die als Anlage beigefügte Neufassung der Hauptsatzung⁵ einschließlich der Anlagen 1 bis 9⁶ der Hauptsatzung wird beschlossen.

6.14.1. Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN zur Drucksache 0092/26 – Neufassung der Hauptsatzung 0338/26

zurückgezogen

⁵ Die Anlage des Beschlusses 0092/26 ist der Niederschrift beigefügt.

⁶ Die Anlagen 1-9 des Beschlusses 0092/26 sind der Niederschrift beigefügt.

6.15. Wahl eines Mitgliedes in den Seniorenbeirat aufgrund eines Vorschlages des Ausländerbeirates **0139/26**
Einr.: Oberbürgermeister

Mit der Wahl eines Mitgliedes in den Seniorenbeirat aufgrund eines Vorschlages des Ausländerbeirates (Drucksache 0139/26) erfolgte, wie unter dem Tagesordnungspunkt 5.1 bereits angekündigt, auch die Wahl von Stellvertretern der Fraktion Die Linke für den Jugendhilfeausschuss.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte zunächst wie folgt:

Es wird ein Wahlgang mit zwei Stimmzetteln durchgeführt.

- Stimmzettel 1 (rot): Wahl von Stellvertretern der Fraktion Die Linke für den Jugendhilfeausschuss
- Stimmzettel 2 (gelb): Wahl eines Mitgliedes in den Seniorenbeirat aufgrund eines Vorschlages des Ausländerbeirates

Die Anzahl der möglichen Stimmen steht jeweils auf dem Stimmzettel.

Gewählt sind die Bewerber, die mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten haben.

Herr Panse stellte fest, dass 45 Mitglieder des Stadtrates anwesend waren. Er rief zunächst die Mitglieder der Wahlkommission zur Stimmabgabe auf. Dann folgten die übrigen anwesenden stimmberechtigten Mitglieder des Stadtrates. Zuletzt gab er selbst seine Stimme ab und adressierte dann an das Gremium die Frage, ob jede wahlberechtigte Person Gelegenheit zur Abgabe ihrer Stimme hatte. Aufgrund des Ausbleibens entsprechender Gegenanzeigen stellte er fest, dass dies der Fall ist und schloss die Stimmabgabe.

Nach Schließung der Stimmabgabe öffneten die Mitglieder der Wahlkommission die Wahlurnen, prüften die abgegebenen Stimmzettel und ermittelten alsbald das Ergebnis.

Der Stadtratsvorsitzende verkündete das Ergebnis.

Abstimmungsergebnis zur Wahl von Stellvertretern der Fraktion Die Linke für den Jugendhilfeausschuss (Tagesordnungspunkt 5.1):

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	45
erforderliche Mehrheit:	23
Stimmen für Herrn Dr. Steffen Kachel:	33
Stimmen für Frau Katja Maurer:	33

Abstimmungsergebnis zur Wahl eines Mitgliedes in den Seniorenbeirat aufgrund eines Vorschlages des Ausländerbeirates (Tagesordnungspunkt 6.15):

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	45
erforderliche Mehrheit:	23
Stimmen für Frau Tetiana Romanenko:	41

Beschluss

Frau Tetiana Romanenko wird als Mitglied in den Seniorenbeirat gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	45
erforderliche Mehrheit:	23
Stimmen für Frau Tetiana Romanenko:	41

6.16. Versprechen halten, Mitte-Deutschland-Verbindung 0208/26
durchgängig zweigleisig ausbauen und elektrifizieren
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache im gestrigen Hauptausschuss bestätigt wurde (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 3).

Die Debatte über den durchgängigen und zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke führe man nun schon seit vielen Jahren, führte Frau Wahl (Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) aus. Deshalb müsse nun endlich ein starkes Signal gesetzt werden. Dies sollte der Oberbürgermeister gegenüber den Verantwortlichen in Berlin deutlich zum Ausdruck bringen, bestenfalls gemeinsam mit den Oberbürgermeistern weiterer anliegender Städte. Sie warb um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Der Stadtratsvorsitzende stellte die Drucksache zur Abstimmung.

beschlossen Ja 42 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich gemeinsam mit den anderen Oberbürgermeistern, der betroffenen Städte an der Städtekette, bei Bundesregierung und Bundesverkehrsministerium öffentlich für den schnellstmöglichen Baustart des versprochenen Ausbaus mit durchgängiger Zweigleisigkeit und Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung einzusetzen.

7. Informationen

Informationen wurden nicht bekannt gegeben, sodass der Stadtratsvorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung schloss und die Nichtöffentlichkeit hergestellt wurde.

gez. Panse
Stadtratsvorsitzender

gez. 
Schriftführerin